

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Das Blatt geht mit Ausnahme der Feiertage und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag, bezugsfrei bei Bestellungen monatlich 4,30 Mk., durch unsere Vertreter zugestellt in der Stadt monatlich 5 Mk., auf den Lande 5,50 Mk., durch die Post bezogen monatlich 5,25 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Posten sowie unsere Anzeigen und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezuger keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Einzelheftpreis 1,20 Mk. für die 6 getrennten Kopypapier- oder deren Aequivalent, die 2 Hefige Kopypapier 2,50 Mk. Bei Wiederholung und Jahresabtrag entsprechender Dreifachzahl. Bestellungen können im beliebigen Zeit zum Ende des Monats die 2 getrennten Kopypapier 3 Mk., Kopypapier-Abgabe 50 Pf. Angehörige können bis zum 1. Juli 1921 50 Pf. für die Hälfte der durch General Dammhagen übertragenen, die neue Ausgabe, jeder Abbestellungspreis, wenn der Betrag durch Monats eingezogen werden muß über der Auftraggeber in Aussicht stellen.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Päßig, für den Inveranteltel: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 158.

Sonnabend den 9. Juli 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs.

Am 6. Juni 1921 ist die Frist zur Bezahlung der 2. Rate der Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs abgelaufen. Die Entrichtung derselben wird mit dem Bemerkten in Erinnerung gebracht, daß am 18. d. M. — ohne nochmalige besondere Mahnung — mit der zwangsweisen Verreibung begonnen werden wird.

Der Betrag der 2. Rate, d. i. $\frac{1}{2}$ der Abgabe, ist vom 6. Juni bis zum Zahlungstage mit 5% zu verzinsen; Zinsbeträge unter 5 Mark werden jedoch nicht erhoben.

Die Finanzkasse hat Postfachkonto Dresden 30065 und Stadttirokonto Nossen Nr. 721.

Bei Ueberweisung ist die Angabe der Sollbuchnummer unbedingt erforderlich. Nossen, am 6. Juli 1921.

Finanzamt.

Um irtümlichen Auffassungen entgegenzutreten, wird hiermit bekanntgemacht, daß das Mieteinigungsamt keine allgemeine Mietsteigerung, insbesondere auch keine Steigerung der Friedensmieten um 80% genehmigt hat. Es wird vielmehr wie bisher über die Zulässigkeit einer Steigerung von Fall zu Fall entschieden werden. Wilsdruff, am 8. Juli 1921.

Das Mieteinigungsamt für die Stadt Wilsdruff.

Grumbach.

Sonnabend den 9. Juli vormittags von 9—12 Uhr auf hiesiger Freibank Rindfleisch in rohem Zustande. Grundpreis 6 Mark.

Grumbach, am 8. Juli 1921.

Der Gemeindevorstand.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Deutsche Reichstag vertagte sich bis Anfang September.

* Die Reparationskommission hat ihre Finanzabteilung ermächtigt, Deutschland die Goldausfuhr von Summen unter 10000 Mark zu gestatten.

* In einem Erlass an die Mitglieder der früheren ostpreussischen Ortsverbände dankt der Oberpräsident Siehr den Bedenken für ihre Tätigkeit. Die Auflösung hat sich ohne Zwischenfall statt in der vorgeschriebenen Zeit vollzogen.

* Die diesjährige Konferenz der deutschen Bischöfe findet in Fulda vom 23. August ab statt.

* Der Vertreter der russischen Sowjetregierung Sigdet Kopp hat beim Auswärtigen Amt in Berlin gegen die Ausweisung des russischen Goldbeauftragten Kreschinski aus Bayern Beschwerde erhoben.

* Die englische Mittelmeerflotte hat sich vor Konstantinopel versammelt.

* Aus Guatemala ist die Nachricht eingetroffen, daß die dortige Regierung das deutsche Eigentum freigegeben hat.

Steuerflut.

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Nach wochenlangen Beratungen des Kabinetts, bei denen, wie man weiß, manche auch jetzt noch nicht übermündeten Gegensätze der Auffassungen zu klären waren, und nach den mannigfaltigsten Vermutungen und Vorschlägen, die außerhalb der Regierung zu dem Thema der Aufbringung unserer Reparationslasten gemacht wurden, ist nun der Reichstag mit einem Programm vor die Öffentlichkeit getreten, welches in großen Zügen — allerdings nur in flüchtigen Umrissen — die Wege angibt, auf denen die Regierung versuchen will, dem Reiche die nötigen Milliarden zu verschaffen. Das Programm gliedert sich deutlich in zwei Hälften. Neben der Besteuerung von Besitz und Einkommen steht die Verlastung des Verbrauches. Mit andern Worten, direkte und indirekte Steuern sind, wie in jedem Steuerprogramm, so auch in diesem vorgesehen, und zwar sollen sie diesmal in ansehlicher Höhe aufgelegt werden. Bei den direkten Steuern erwartet man von einer sogenannten Veredelung des Reichsnotopfers und von einer Wiederholung der Körperschaftsteuer, daneben aber in erster Linie von einer Verbesserung der Steuerrechnung, soweit es sich auf die Veranlagung und Erhebung aller direkten Steuern bezieht, große Erfolge. Von einer Erhöhung der Einkommensteuer ist nicht die Rede. Weit zahlreicher sind die Pläne der Regierung, die sich auf Erhebung neuer indirekter Steuern beziehen. Eine ganze Reihe von Verbrauchsartikeln wird mit neuen oder mit erhöhten Abgaben belegt. In allererster Linie die Kohle, von der trotz einer nur mäßigen Erhöhung der bestehenden Steuern der Löwenanteil des gesamten Ertrages erwartet wird.

Es wäre im Augenblick nicht am Platze, die einzelnen Steuerprojekte einer näheren Betrachtung zu unterziehen, denn erstens hat der Kanzler selbst darüber noch gar nichts Einzelnes mitgeteilt, und dann muß vor allem beachtet werden, daß die Entwürfe, die im Finanzministerium vielleicht zum Teil schon fertiggestellt sind, voraussichtlich noch erhebliche Änderungen erleiden werden, ehe sie Gesetzeskraft erlangen. Wohl aber kann man dem ganzen Programm bereits jetzt ansehen, daß es im wesentlichen eine mittlere Linie zwischen den politischen Auffassungen zu finden sucht, die bereits innerhalb des Reichskabinetts ebenso im Gegensatz zueinander standen, wie sie voraussichtlich in noch viel schärferer Form bei den Reichstagsdebatten im Herbst aufeinanderprallen werden. Große und neue Gedanken finden sich in diesem Gesamtplan nicht. Obwohl die Giffen, mit denen das Steuerprogramm arbeitet, hoch in die Milliarden gehen, haftet doch dem ganzen Plan ein gewisser Zug der Jagdsaftigkeit an. Es fehlt vor allem jede Andeutung der großen wirtschaftlichen Umgestaltung, die man in Kreisen der Sachverständigen für unerlässlich hält, wenn die Reichsfinanzen wirklich eine grundlegende und durchgreifende Kräftigung erfahren sollen. Am ehesten liegt noch die Andeutung des Kanzlers in dieser Richtung, daß das Reich möglicherweise an den Gewinnen der Industrie direkt durch Anteilnahme oder Dividendenbezüge beteiligt werden könnte. Im übrigen aber ist außer diesen auch nur ganz andeutungsweise mit-

gestellten Plänen kein weiterer Schritt von dem engeren feuerrechtlichen Gebiet in der Richtung einer Wirtschaftsreform getan worden. Gerade darauf aber kommt es an, denn man weiß auch in den Kreisen der Regierung recht zur, daß mit Steuern allein die uns obliegenden Aufgaben schlechterdings nicht zu erfüllen sind. Um diese Fragen aber ist der Kanzler ebenso wie um das schwierige Problem der Erhöhung der Kohlenpreise auf den Weltmarkt, welches von sozialistischer Seite angeregt worden war, vorsichtig herumgegangen, offensichtlich, um politische Auseinandersetzungen, die leicht zu einer Krise führen könnten, vorläufig zu vermeiden.

Es wirkt wie eine bittere Ironie, daß der Versuch der Regierung, ein Programm aufzustellen, welches der Erfüllung des Ultimatums dienen soll, letzten Endes nichts anderes als ein schlagender Beweis für die Unerschütterlichkeit eben dieses Ultimatums geworden ist. Aus der Rede des Kanzlers allein ging das zwar nicht hervor, aber diese Rede darf auch nicht ohne die Ergänzung betrachtet werden, die ihr im Reichstage durch die Reden der Parteivertreter zuteil wurde. So wies Dr. Helfferich nach, daß unser gesamtes Volkseinkommen ungefähr 24 Milliarden im Jahre ausmacht, und daß davon etwa 150 Milliarden durch Steuern verschlungen werden, wenn wir alle Lasten abühren wollten. Daß das eine glatte Unmöglichkeit ist, bedarf weiter keiner Erörterung, und das Steuerprogramm des Kanzlers steht ja auch insgesamt nur einen Betrag von etwa 20 Milliarden vor. Während nun aber der Kanzler unseren Bedarf mit etwa 100 Milliarden ansetzt, so daß nur 20 Milliarden ungedeckt bleiben, für die er abermals die Kohle zur Bedienung heranziehen will, entsteht nach der Rechnung von Dr. Helfferich ein Fehlbetrag von etwa 70 Milliarden. Dr. Helfferich steht mit seiner Ansicht übrigens nicht allein, und man wird es besonders beachten müssen, daß auch im Reichswirtschaftsrat, also von einer besonders sachverständigen Stelle, an der der Kanzler sein Programm unmittelbar vor der Reichstagsrede ebenfalls dargelegt hatte, Bedenken in der gleichen Richtung geltend gemacht worden sind. Nicht bezeichnend war es auch, daß der gesamte Reichstag mit Einschluß der Linken, die Dr. Helfferich beim Beginn seiner Rede durch einen minutenlangen tosenden Lärm unterbrachen, dann doch in offener Spannung zuhörte, als Helfferich seine Zahlen anführte, gegen die auch der Kanzler keinen Widerspruch erhob, obwohl Helfferich ihn ausdrücklich darum gebeten hatte, er möge ihn berichtigen, wenn er sich in einzelnen Punkten irren sollte.

Mit der Aufnahme seiner Programmrede durch den Reichstag kann der Kanzler trotz der sachlich scharfen Kritik recht zufrieden sein. Er konnte jedenfalls bei fast allen Parteien den guten Willen feststellen, ihn bei seinen Versuchen zur Lösung der übernommenen Aufgaben nach Kräften zu unterstützen. Man weiß zwar heute schon, daß es sich um einen Versuch mit untauglichen Mitteln handelt, und daß ganz andere Wege beschritten werden müssen — es sei hier nur an die Vorschläge erinnert, die zur Lösung der deutschen Produktion durch vermehrte Arbeitsleistung gemacht worden sind — wenn man das Problem mit einigermaßen Aussicht auf Erfolg in Angriff nehmen will.

Der Reichstag befindet sich in einer Stimmung, die in höchst eigentümlicher Weise aus aniem Willen und gleichzeitiger Resignation gemischt ist. Nicht gegen den Kanzler, dessen Optimismus und Verantwortungslosigkeit auch von seinen Gegnern anerkannt werden, richten sich die Spitzen der Kritik, sondern in erster Linie gegen die Entente, deren verfehlte Gewaltpolitik und zu solchen für das Wirtschaftsleben mörderischen Experimenten zwingt, wie sie in dem neuen, überdies noch unfertigen und vor allem unzureichenden Steuerprogramm zu finden sind. Das Ergebnis der künftigen Beratungen dieses Programms wird daher wohl darauf hinauskommen, daß man aus alledem nur erneut die durch ziffernmäßige Beweise erhärtete Überzeugung gewinnt, daß das Ultimatum trotz unserer besten Willens in seinem vollen Umfange nicht erfüllt werden kann, und daß es die Sache der Entente ist, auf dem von ihr eingeschlagenen vorhängisvollen Wege einen guten Schritt zurückzugehen, wenn sie nicht den wirtschaftlichen Ruin Deutschlands und damit die schwersten Schädigungen auch für sich selbst herbeiführen will.

Polnischer Betrug.

Der vorgetauschte Abzug der Insurgenten.

Der deutsche Insurgentenschuh in Oberschlesien hat im Besien des Generals Hofer festgestellt, daß seitens der Polen keine dem Abkommen entsprechende Räumung erfolgt ist. Die Insurgentenbehörden arbeiten weiter und werden von den Franzosen in ihrer amtlichen Eigenschaft beschäftigt. Von polnischer Seite wird auch kein Gehl daraus gemacht, daß die Insurgenten in aller Eile wieder kommen werden. Die Insurgenten sind zum größten Teil, nachdem sie Entlassungsgelder erhalten haben, in ihre Ortschaften zurückgekehrt, doch haben sie Gewehre sowie Munition mitgebracht. In den Wäldern des Industriegebietes befinden sich große Waffenlager aller Art. Die Insurgenten gehören großen organisierten Geheimverbänden an, die ihre bestimmten Waffen- und Sammelplätze haben. Sie befinden sich stets in Alarmbereitschaft. Auf Wladyslaw wurde ein neuer Angriff.

Die Insurgenten drangen unter heftigem Feuer bis in das Innere der Stadt vor. Dort plünderten sie die Läden, raubten und nahmen Straßenpassanten als Gefangene mit. Dem französischen Kommandanten gelang es, den Ersten Bürgermeister, der ebenfalls gefangen war, frei zu bekommen.

In Katowitz schlenderten unbekante Dandies eine Eierhandgranate in die Wohnung eines Deutschen. Seine 24jährige Ehefrau, Mutter von sieben Kindern, wurde getötet und großer Sachschaden anrichtet. Circa 100 deutsche Bergarbeiter, die im Vertrauen auf die Räumung nach Charlottengrube bei Ratibor zurückgekehrt, wurden von den Polen gefangen weggeschleppt. Man befürchtet einen allgemeinen Grubenaufland.

Der Beuthener Zwischenfall.

In den Beuthener Vorgängen läßt die Interalliierte Kommission erklären, daß der bei den Unruhen ungelommene französische Major ohne Zweifel einem hinterlistigen Vorbe zum Opfer gefallen sei. Die Angel sei aus nächster Nähe aus einem Revolver abgefeuert worden. Die Leichenöffnung jedoch hat ergeben, daß die Lösung durch eine Wechrtugel erfolgt ist. Gewehre sind aber an dem kritischen Tage bestimmt nur in den Händen von Polen und Franzosen gewesen, weil die deutsche Entwaflnung tatsächlich bis auf den letzten Rest, namentlich in den Städten, durchgeführt ist. Die Interalliierte Kommission hat im Verfolg der Unruhen die Ausweisung des Ersten Bürgermeisters Stephan von Beuthen verfügt.

Die französischen parlamentarischen Kreise beschäftigen sich anhaltend mit dem Tod des Majors Montalgre in Beuthen. Der Kammerausschuß für Äußeres erklärte, seinen letzten Beschluß, die Sanktionen nicht aufheben zu lassen, nun mit doppeltem Nachdruck vertreten zu müssen. Auf eine Anfrage an den Kriegsminister Barthou erklärte dieser, die Regierung warte erst den Bericht der Kommission in Opatow ab, ehe sie erwägen könne, ob und welche Genugtuung sie fordern solle.

Polenwag — Terror

Seit dem 6. Juli besteht für die Ein- und Ausreise von und nach Oberschlesien wieder der Polenwag, wie er vor dem polnischen Aufstand bestanden hat. Die Pässe müssen also ein französisches Visum tragen. — In die Interalliierte Kommission in Opatow hat die deutsche Bevölkerung des Kreises Hindenburg ein Telegramm gerichtet, in dem auf den unerhörten Terror der Polen hingewiesen und um schnelle Hilfe gebeten wird. Auch aus der Umgebung von Ratibor wird das Auftreten neuer bewaffneter Verbände gemeldet, die in der alten Weise die deutschgesinnte Bevölkerung mißhandeln und verschleppen.

Eine Unterredung mit Hofer.

General Hofer, der Führer des deutschen Selbstschutzes in Oberschlesien, erklärte einem Pressevertreter in Opatow, von wo aus er den Abtransport und die Auflösung des deutschen Selbstschutzes leitet, daß die Räumung Oberschlesiens, dem Abkommen mit der Interalliierten Kommission entsprechend, vollkommen beendet sei. Die Verantwortung für den Schutz der deutschen Bevölkerung Oberschlesiens liege nun allein auf der Interalliierten Kommission. Der General sprach von den militärischen Leistun-